Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden die-tribuene.ch

Freitag, 13. Dezember 2024 | Nr. 50 | 66. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Kein Asylgrund mehr für Syrer
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Mit der Kettensäge das Budget angehen
von Ueli Bamert
Seite 3

Aktuell
NZZ: Wie liberal ist das Blatt noch?
von Karl Spühler
Seite 4–5

Parlamentsgemeinden
Ausgabenwachstum ausser Rand und Band
von Samuel Balsiger
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Sessionsapéro mit Nationalrat Mauro Tuena
Seite 7

FÜR EINE MEDIENPOLITIK DER ZUKUNFT

Meinungsvielfalt kann nur der Markt erbringen

2025 stehen wichtige medienpolitische Weichenstellungen an. Im Januar wird die Vernehmlassung zu einem neuen Gesetz über Kommunikationsplattformen eröffnet. Zudem präsentiert der Bundesrat sein Konzept zur Regulierung künstlicher Intelligenz (KI). Die Medienkommissionen der Räte befassen sich derweil mit einer Auslegeordnung zum «Service public», die aufgrund der Gebührensenkungsinitiative angestossen worden ist. Aus Sicht der SVP sind die Ziele klar: weniger Regulierung, mehr Markt und ein klar umrissener «Service public»-Auftrag.

Die Gebührensenkungsinitiative fordert, dass der Auftrag der SRG endlich klar definiert wird. Bild: SRG-Initiative

Seit Jahren sind Bundesrat und Verwaltung in der Medienpolitik auf den Status quo fixiert. Die Optik der Berichte und Anträge ist eindimensional und auf die Wünsche der SRG ausgerichtet. Wichtige Fragen, die private Medien betreffen, bleiben ausgeklammert. Geht es um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Anbieter, diskutiert man bestenfalls über eine Anpassung beim Gebührensplitting oder neue Förderbeiträge.

Politischer Druck nötig

Dies soll die Gebührensenkungsinitiative ändern. Unter dem Titel «200 Franken sind genug» hat das überparteiliche Komitee eine alte Forderung aufgenommen, die immer noch unerfüllt ist: Der Auftrag der SRG muss endlich klar definiert werden. Die Aktivitäten der SRG sind in den vergangenen Jahren immer mehr gewachsen. Dies auch in Bereichen, wo bereits private Anbieter diverse Angebote lanciert haben.

Im Herbst 2016 beschloss der Nationalrat auf Antrag von Christian Wasserfallen, dass das Subsidiaritätsprinzip auch beim «Service public»-Auftrag berücksichtigt werden müsse: Die SRG solle nur dann Programme anbieten, wenn nicht bereits ein entsprechendes Angebot von Privaten vorliege. Dies ist bereits wieder vergessen. Dass der Bundesrat mit der Botschaft zur Gebührensenkungsinitiative einen Bericht mitliefert, der sich der volkswirtschaftlichen Bedeutung der SRG widmet, bestätigt den Eindruck, dass die Verwaltung alten Ideen und Denkmustern verhaftet ist. Man ist nicht bereit, eine offene Debatte über den «Service public» zu führen.

Private Medien sind gefordert

Nun hat die nationalrätliche Medienkommission das Bundesamt für Kommunikation im Herbst mit verschiedenen Abklärungen beauftragt. Dies soll helfen, in der Medienpolitik endlich eine gesamtheitliche Sicht zu gewinnen. Prioritär darf nicht die Wunschliste der SRG sein, sondern die Rahmenbedingungen für die privaten Medien als Kern unseres Mediensystems.

Derweil hält sich das Engagement der privaten Medien leider in engen Grenzen. Der Jammer über fehlende Einnahmen ist gross, der konkrete Einsatz für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen – z.B. im Kampf gegen Werbeverbote – jedoch kaum wahrnehmbar. Aktiv werden die Verlage einzig bei Fragen wie der Erhöhung der indirekten Presseförderung oder bei der Anpassung des Schlüssels zur Verteilung der Gebührenerträge. Eine bedenkliche Entwicklung – wären seriöser Journalismus und korrekte Informationen doch wichtiger denn je.

Qualitätsjournalismus dringend nötig

Unsere Gesellschaft steckt in einer Lesekrise. Ein grosser Teil der Jugendlichen befindet sich heute im roten Bereich der Lesekompetenz. In der Schule hören sie kaum etwas von Staatskunde und Politik, zudem informieren sie sich nur unregelmässig und konsumieren keine klassischen Medien. An Abstimmungen nehmen sie kaum teil.

Immer mehr Leute haben Mühe, Texte zu verstehen, was sie für Manipulation anfällig macht. Dies greifen Politiker dankbar auf und weisen auf die sozialen Netzwerke hin, in denen bisweilen «Fake News» oder Verschwörungstheorien herumgeistern. Auch die neuen Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz werden als Gefahr eingestuft. Dabei könnte genau dies eine Chance sein.

Online-Regulierung: Weniger ist mehr

Bei der Regulierung von KI muss die Schweiz aufpassen, dass sie nicht dieselben Fehler macht wie die Europäische Union. Die massive Überregulierung der EU hat zur Folge, dass sich die Tech-Unternehmen von Europa abwenden. Eine Chance für die Schweiz, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen!

Die Debatte steht bevor: Im Januar 2025 wird die Vernehmlassung zum neuen Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (KomPG) eröffnet. Gemäss diesem Erlass sollen die Nutzer gegenüber Kommunikationsplattformen wie zum Beispiel Google, Facebook oder YouTube mehr Rechte erhalten. Die EU hat diese Bereiche bereits im Digital Services Act (DSA) und im Digital Markets Act (DMA) geregelt – zwei unübersichtliche, bürokratische Regelwerke.

Ebenfalls im Frühling wird der Bericht des Bundesamtes für Kommunikation über einen möglichen schweizerischen Ansatz zur Regulierung von KI-Systemen erwartet. Dort stellt sich die Frage, ob die Schweiz die EU-Regulierung übernimmt, ob sie ein eigenes Gesetz macht oder ob sie noch zuwartet, um die Entwicklungen zu beobachten. Letzteres wäre der beste Weg und zudem ein wichtiges positives Signal für potenzielle Investoren. Gerade in der Medienpolitik ist es wichtig, dass der Markt spielt. Die Verwaltung kann diese Aufgaben nicht bewältigen.

Gregor Rutz
Nationalrat SVP
Zürich

Christoph Mörgeli

Die FDP gibt die Schweiz auf

Am 20. Dezember 2024 werden die freisinnigen Bundesräte Ignazio Cassis und Karin Keller-Sutter der institutionellen Anbindung der Schweiz an die Europäische Union zustimmen. Cassis betrachtet dieses Vertragswerk ohnehin als Baby seines Aussendepartements und seiner Diplomatie. Und Keller-Sutter sendet zwar gegen aussen kritische Signale, denunziert aber im Bundesrat das Festhalten an der eigenen Gesetzgebungskompetenz und an eigenen Richtern als «SVP-Rhetorik». Nach 176 Jahren gibt die FDP jenen Bundesstaat auf, den sie 1848 geschaffen hat. Denn es ging den Gründervätern der modernen Schweiz nur um eines, nämlich die Abschüttelung der ständigen Einmischungen von aussen in die inneren Angelegenheiten der Eidgenossenschaft. Darum hielt der erste freisinnige Bundespräsident, Jonas Furrer, in aller Deutlichkeit fest: «Die unabhängige Schweiz wird sich weiterhin selber regieren.» Sie sei selbstbestimmt und neutral. Wie sie ihre inneren Angelegenheiten regle, so Furrer, «kann nicht Sache anderer Staaten sein».

Sein Parteikollege Ulrich Ochsenbein bekräftigte, er werde sich mit all seiner Kraft für die «Ehre, Würde und Unabhängigkeit» des Landes einsetzen. Er verwahrte sich gegen jede «fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Eidgenossenschaft». Die Schweiz werde «die letzte Kraft und das letzte Herzblut aufzuopfern wissen, ihre Unabhängigkeit zu wahren». Mit ihrem Ja zum EU-Rahmenvertrag tun die beiden FDP-Bundesräte jetzt das Gegenteil: Sie übertragen die Gesetzgebung und die Volkssouveränität an Brüssel und akzeptieren die EU als oberste Gerichtsherrin. Statt den himmeltraurigen Leichenzug der unabhängigen, selbstbestimmten Schweiz zu stoppen, überlegen sich die freisinnigen Parteigrössen, wie man ihn zu einem jubelnden Hochzeitsfest mit der EU umdeuten könnte. Die FDP ist leider keine Partei der politischen Inhalte mehr. Sie befasst sich nur noch mit Fragen des Images und der Fassadenpflege. Und die FDP vergisst: Wichtig ist für einen Staat weniger das, was er macht. Sondern das, was er mit sich machen lässt.

SESSIONSRÜCKBLICK 2. WOCHE

Spannende Wintersession mit Diskussionen zu Hamas und Hisbollah

Die Wintersession ist in vollem Gange. Das Ringen um das Bundesbudget für das nächste Jahr prägt diese Session. Mit Sparvorschlägen wird nicht gespart.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Die Finanzkommissionen beider Räte sind sich einig: Die Schweizer Armee soll im kommenden Jahr 530 Millionen Franken mehr erhalten als vom Bundesrat beantragt. Doch bei der Frage, wie dies finanziert werden soll, ist es mit der Einigkeit vorbei. Die Kommission des Nationalrates möchte das Geld vor allem bei der Entwicklungshilfe sparen und dort 250 Millionen kürzen. Die ständerätliche Kommission setzt im Asylbereich zu Sparmassnahmen an und beantragt, 185 Millionen Franken zu streichen. Es gab sehr spannende Diskussionen und am Schluss konnten die Bürgerlichen viele Erfolge verbuchen. Bei der Armee gab es Budgeterhöhungen, dafür wurde bei der Auslandhilfe und beim Bundespersonal gespart. Die Verteidigungsfähigkeit muss zwingend erhöht werden. Dafür wird bei den Geldern an das Ausland gespart. Auch die Bundesbeamten verzeichnen ein zu hohes Stellenwachstum und verdienen – im Vergleich zur Privatwirtschaft – zu viel. Die FDP und Die Mitte haben uns bei vielen Anträgen unterstützt. Bis anhin war es eine erfolgreiche Budgetdebatte.

Hamas und Hisbollah verbieten

Beide Räte behandeln in dieser Session die Vorlage des Bundesrates, die ein Verbot der Terrororganisation Hamas und verwandter Organisationen fordert. Die sicherheitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat beantragen mit grosser Mehrheit die Annahme. Sie möchten gleich auch noch die Hisbollah verbieten. Auch hier war die SVP mit Nationalrat David Zuberbühler sehr erfolgreich und die überwiegende Mehrheit stimmte für ein Verbot dieser Terrororganisationen.

Bis anhin war es eine erfolgreiche Budgetdebatte für die bürgerlichen Parteien. Bild: Sean Burgess

Objektsteuer statt Eigenmietwert

Seit drei Jahren suchen die beiden Räte nach einer Lösung, wie die Besteuerung des Eigenmietwertes für Wohneigentum aufgehoben werden könnte. Nun zeichnet sich ein Durchbruch ab. Die Wirtschaftskommission des Ständerates schlägt als Kompromiss vor, den Eigenmietwert auch bei Zweitliegenschaften zu beseitigen, dafür aber auf solchen eine neue Objektsteuer zu erheben. Damit will sie die Gebirgskantone besänftigen, die sich vor hohen Steuerausfällen fürchten. Ob die Kantone da mitziehen werden, ist noch unklar. Es wäre höchste Zeit, dass der Eigenmietwert endlich abgeschafft wird.

Viele Feierlichkeiten

Am Mittwoch gab es viele Feierlichkeiten. Zuerst wurde die neue Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter mit 168 Stimmen durch die beiden Räte gut gewählt. Der Vizepräsident Guy Parmelin erhielt sogar 196 Stimmen. Anschliessend fanden ein Apéro in der Galerie des Alpes und unser Fraktionsessen im Casino in Bern statt, wo immer auch viele weitere Persönlichkeiten teilnehmen.

ASYLPOLITIK MUSS DIE WIRKLICHKEIT ABBILDEN

Kein Asylgrund mehr für Syrer

Nach dem Sturz und der Vertreibung des syrischen Machthabers Baschar al-Assad ist nichts mehr, wie es vorher war. Die zugewanderten Syrer in Europa jubeln. Aber ihr Asylgrund war meistens al-Assad. Der ist nicht mehr da. Also müssen sie zurück in ihr Heimatland.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Verantwortliche Politiker müssen lernen, in der Asylpolitik sofort auf veränderte Lagen in der Welt zu reagieren. Sie müssen in einer Krisensituation Bürgern eines Landes den Asylstatus vorübergehend geben, haben aber auch sofort zu reagieren, wenn sich die Lage verändert hat.

Jeder Mitbürger für den Wiederaufbau

Als erstes Land hat Österreich gehandelt. Es hat entsprechende Pläne vorgestellt, syrische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückzubringen. Die Regierung sagte klar, das Asyl sei als Schutz auf Zeit gedacht. Es brauche ein geordnetes Rückführungsprogramm. Syrien brauche jetzt jeden Mitbürger für den Wiederaufbau.

Problematische Einwanderungsgruppe

Die «Weltwoche» hat kürzlich zu Recht festgestellt, dass es sich bei den Syrern um eine höchst problematische Einwanderungsgruppe handle, die fast nicht in unsere Arbeitswelt zu integrieren sei und auch bei den Kriminalitätsraten weit über dem Durchschnitt liege.

Aber subito!

Gegenüber dem «Blick» meinte Nationalrat Marcel Dettling, Präsident der SVP Schweiz, was viele denken: «Wenn Syrer in der Schweiz über das Ende von Assad jubeln, sollen sie auch gleich alle retour, aber subito!». Darin ist auch eine Aufforderung zu sehen, dass sich Asylbewerber in ihrem Gastland nicht politisch zu betätigen haben. Dettling sieht mit Recht aber auch den Handlungsbedarf, einer möglichen neuen Flüchtlingswelle entgegenzutreten. Selbstverständlich können wir Syrien unsere Hilfe vor Ort anbieten. Aber wir müssen keinen syrischen Bürgerkrieg in die Schweiz importieren. Deshalb ist schnelles Handeln gefordert.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat denn auch zu Beginn der Woche gehandelt. Asylverfahren und Asylentscheide Syrien betreffend würden in der Schweiz ab sofort neu behandelt, hat das SEM am Montag bekanntgegeben. Damit werden Asylentscheide und der Familiennachzug «vorübergehend» ausgesetzt. Es zeigt sich aber, dass der linke Departementschef Beat Jans die Lösung des Problems verschleppen wird. Und die linke Asyllobby hat schon reagiert: Solange nicht zweifelsfrei feststehe, dass Geflüchtete in Syrien sicher sind, dürfe es keinerlei Bestrebungen geben, ihren Schutzstatus in Frage zu stellen oder ihre Rückkehr zu erzwingen, schrieb Amnesty International Schweiz.

Mit dem Sturz von Baschar al-Assad braucht es nun geordnete Rückführungsprogramme für syrische Flüchtlinge. Bild: Wikimedia

Rückkehr über die Türkei

Zahlreiche Syrer kehren über die Türkei in ihr Land zurück. Offenbar haben die Flüchtlinge in Westeuropa mehr Mühe, in ihre Heimat zurückzukehren. Weil sie eben doch Wirtschaftsflüchtlinge sind? Allein in den letzten drei Jahren haben in der Schweiz rund 3000 Personen aus Syrien ein Asylgesuch gestellt. Seit 2011, als der Bürgerkrieg in Syrien begann, sind sogar mehr als 25 000 Menschen in die Schweiz gekommen. Seit Ausbruch des Konflikts habe sich die syrische Diaspora in der Schweiz gemäss NZZ etwa verzehnfacht.

Die SVP Brütten lädt ein:

Neujahrsapéro am Montag, 6. Januar, 19:00 Uhr auf dem Buck in Brütten

Grussbotschaft von Nationalrat Martin Haab mit anschliessendem Austausch bei Dreikönigs-Kuchen, Glühwein und Punsch.

Stossen Sie mit uns auf das neue Jahr an!

Keine Anmeldung erforderlich

SVP Brütten

Kontakt: anrp@juergstahl.ch

SVP

AUS DEM KANTONSRAT

Alljährliches Budgettheater

Adventszeit ist Budgetzeit: Jedes Jahr im Dezember berät der Zürcher Kantonsrat mehrere Tage lang über das kantonale Budget. Wie viel soll der Kanton im kommenden Jahr ausgeben? Und wofür? Darüber stritten die Parteien letzten Montag und Dienstag leidenschaftlich. Und weil von linksgrün so viele Anträge eingegangen sind wie schon lange nicht mehr, geht das alljährliche Budgettheater auch nächste Woche weiter.

Ueli Bamert
Kantonsrat SVP
Zürich

Rund 19 Milliarden, so hoch ist das Jahresbudget des Kantons Zürich. Für den Normalbürger eine unvorstellbar hohe Summe. Für den Politiker, der weiss, was sich alles dahinter versteckt, ist es einfach eine Zahl mit vielen Nullen, an der es im Rahmen der Budgetdebatte herumzuschrauben gilt. Wobei die Vertreter der bürgerlichen Ratsseite diese Zahl so weit wie möglich zusammenstreichen und damit Steuergeld sparen möchten, während die Linken den Staat als Selbstbedienungsladen ansehen und alles daransetzen, den 19 Milliarden noch ein paar Milliönchen obendrauf zu setzen.

Her mit der Kettensäge

Für uns SVP-Vertreterinnen und -Vertreter ist klar: Das ewige Wuchern des Staatsapparats muss endlich aufhören, die Ausgaben müssen runter. Da klingt die Aussage, die der deutsche Ex-Finanzminister Christian Lindner vor ein paar Tagen geäussert hat, gerade wie Musik in den Ohren: «Wir müssen ein bisschen mehr Milei und Musk wagen!». Damit meint er den exzentrischen argentinischen Staatspräsidenten Javier Milei, der die Verwaltung am liebsten mit der Kettensäge zurückstutzen würde, und Tesla-Gründer Elon Musk, der von Präsident Trump mit der Aufgabe betraut worden ist, die amerikanische Staatsbürokratie radikal auszumisten. Lindner ist bedingungslos zuzustimmen: Auch in der Schweiz könnte man wohl problemlos einen Drittel des Personals in der Kernverwaltung entlassen, ohne dass es irgendjemand wirklich spüren würde. Unser Staat würde reibungslos weiterlaufen.

Das sehen die Linken naturgemäss ganz anders. In der Budgetdebatte heulen sie bei jedem Sparantrag auf, als würde die Zivilisation untergehen. Gerne kommt dann jeweils der sozialistische Kampfbegriff vom «Kaputtsparen» zur Anwendung – lächerlicher geht es kaum, denn «Sparantrag» bedeutet im Zusammenhang mit den Zürcher Staatsfinanzen nicht «weniger ausgeben», sondern «ein bisschen weniger mehr ausgeben, als geplant gewesen wäre».

Ideologische Debatten

Was die weihnachtlichen Budgetverhandlungen jeweils noch zäher macht: Beim Budget geht es nicht nur um Franken und Rappen, verhandelt wird auch über sogenannte Wirkungsindikatoren. Dies sind politische Kennzahlen, bei denen die Parteien Anträge stellen können, in welche Richtung sie sich in den nächsten Jahren bewegen sollen. Wunschzettelpolitik par excellence. Für die Fraktionen von SP, Grünen und AL bieten diese Wirkungsindikatoren aber eine willkommene Gelegenheit, die Budgetverhandlungen für ideologische Grundsatzdebatten aller Art zu missbrauchen. Und so finden sich neben den üblichen Forderungen, mehr Geld für den Klimawandel und weniger für den Strassenbau auszugeben, so utopische Begehrlichkeiten wie: Die Anzahl der Nachtflüge soll sinken, die Anzahl Fussgänger soll steigen oder das durchschnittliche Gewicht neu eingelöster Autos soll sinken. Kein Witz, das haben die Grünen vergangenen Montag tatsächlich so gefordert.

Viel Lärm um nichts

Eigentlich, und das als ziemlich frustrierendes Fazit zum Schluss, könnten wir uns die ganze Übung Ende Jahr auch einfach sparen: An den budgetierten 19 Milliarden nimmt der Kantonsrat jeweils Änderungen im Umfang von höchstens einem halben bis zu einem Prozent vor – was nicht viel mehr als dem berühmten Tropfen auf den heissen Stein entspricht. Übrigens: Wenn wir davon ausgehen, dass die Budgetdebatte insgesamt fünf bis sechs Kantonsratssitzungen dauert, dann hat die ganze Übung den Steuerzahler am Ende über 200 000 Franken gekostet – und das wohlgemerkt nur für die Sitzungsgelder.

Eigentlich dringend nötig: mit der Kettensäge den Staatshaushalt zurechtstutzen. Bild: Pixabay

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Das grosse Jammern der Linken zur LSI

Walter Honegger
Kantonsrat SVP
Wald

Die Debatte im Kantonsrat über die langfristige strategische Immobilienplanung LSI war geprägt durch den Missmut der linken Ratsseite über die Priorisierung, die der Regierungsrat erstmalig vorgenommen hat.

Die Bevölkerung des Kantons Zürich wächst weiterhin stark und entsprechend steigt der Infrastrukturbedarf. Dies spiegelt sich im Investitionsbedarf Hochbau über die kommenden zwölf Jahre wider, der gegenüber der LSI 2023 um 20% gestiegen ist. Investiert wird hauptsächlich für die Bildung (Mittel- und Berufsfachschulen, Fachhochschulen und Universität), aber auch für den Strafvollzug, Sicherheitsaufgaben sowie Instandsetzungen von Verwaltungsflächen.

Dem erhöhten Investitionsbedarf Hochbau steht die prognostizierte Entwicklung des kantonalen Gesamthaushalts entgegen. Wie 2023 angekündigt, hat der Regierungsrat Massnahmen zur Senkung der Investitionen Hochbau im Mietermodell ergriffen. Darüber hinaus wurden erstmalig alle geplanten kantonalen Investitionsvorhaben einheitlich priorisiert und gestützt darauf Reduktionen pro Investitionsbereich vorgenommen. Für die Investitionen Hochbau ergibt sich gegenüber dem Bedarf eine Reduktion von 41%. Ziel muss sein, die Investitionsausgaben möglichst ohne irreversible Kosten zu drosseln und eine nachhaltige Entwicklung des Portfolios nicht zu gefährden. Die Notwendigkeit einer langfristigen, transparenten und gesamthaften Steuerung der kantonalen Investitionen Hochbau ist offenkundig. Unter den 2172 Hochbauten (1741 im Eigentum und 431 in Miete) finden sich entsprechend vielfältige Nutzungsarten, insbesondere Bildungs- und Bürobauten, Bauten von Justiz und Polizei, Betriebs- und Kulturbauten, aber auch Agrarbauten, Militärbauten, Wohnbauten und viele mehr. Der portfolioweite Instandsetzungsbedarf hat sich bezüglich der Anzahl Gebäude weiter verschärft.

Die SVP befürwortet das Vorgehen des Regierungsrates, da es finanzpolitisch wichtig ist, die Schuldenlast nicht zu erhöhen. Zudem ist es auch wichtig – das war auch unsere Botschaft an den Regierungsrat –, dass all die verschiedenen Baustandards (nachhaltiges Bauen, Minergiestandard, vereinfachtes Bauen, etc.) im Zuge von regierungsrätlichen Abklärungen überprüft und allenfalls angepasst werden.

In der Schlussabstimmung wurde das Geschäft, trotz Murren der Linken, ohne Gegenstimme angenommen.

Votum im Kantonsrat als Video:

Die Bevölkerung des Kantons Zürich wächst weiterhin stark und entsprechend steigt der Infrastrukturbedarf. Bild: Pixabay

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Frohe Festtage und auf ein erfolgreiches neues Jahr 2025

In der zweitletzten Ausgabe des «Der Zürcher Bote» 2024 erlaube ich mir, einen kleinen Rückblick zu machen, aber gleichzeitig bereits einen Ausblick auf ein herausforderndes nächstes Jahr zu wagen.

Politisches Jahr 2024 – Kanton Zürich und national

Gemeinsam können wir auf ein politisch ereignisreiches Jahr zurückblicken. Bereits im März konnten wir mit der Annahme des Gegenvorschlags zur «Anti-Chaoten-Initiative» der Jungen SVP, dem deutlichen Nein zum Seeuferweg und dem klaren Ja zur Pistenverlängerung am Flughafen Zürich die ersten Erfolge erzielen. National mussten wir hingegen bei der 13. AHV-Rente und der Renteninitiative auch die ersten Niederlagen einstecken.

Im Juni ging es weiter mit drei Bestätigungen unserer Parolen bei der nationalen Abstimmung (Prämienentlastung, Kostenbremse und körperliche Unversehrtheit), aber die Annahme der «sicheren» Stromversorgung hat sehr geschmerzt. Kantonal haben wir über keine Vorlagen abgestimmt.

National war die September-Abstimmung zwiegespalten. Erfreulich war das deutliche Nein zur Biodiversitätsinitiative, das Nein zur Reform der beruflichen Vorsorge hingegen macht Bauchschmerzen, wäre es doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen. Kantonal haben wir dafür aber ein Highlight verzeichnen können: Die Ablehnung von Gratis-Stipendien für vorläufig Aufgenommene haben uns unsere politischen Gegner kaum zugetraut, doch hat die Zürcher Bevölkerung hier ein Zeichen gesetzt.

Die erst kürzlich erfolgte Abstimmung im November hat uns gezeigt, dass wir geschlossen auftreten und engagiert Wahlkampf betreiben müssen. Leider ist es nicht gelungen, die Bevölkerung vom notwendigen Ausbau der Nationalstrassen zu überzeugen und auch die beiden Mietrechtsvorlagen scheiterten knapp. Einzig die einheitliche Finanzierung im Gesundheitswesen war ein erfreulicher Abstimmungsausgang. Kantonal hatten wir nichts zu entscheiden.

Die jüngsten Umfragen zeigen aber in aller Deutlichkeit, dass die SVP die richtige Politik betreibt, könnten wir doch aktuell rund zwei Prozentpunkte zulegen. Aber die nächsten Wahlen sind kommunal erst 2026 und kantonal sowie national 2027.

2025 – kantonal und national

Im Kanton Zürich stehen 2025 mit der Steuervorlage 17 (STAF), dem Referendum gegen das Energiegesetz sowie zwei bürgerlichen Verkehrsinitiativen (ÖV- und Mobilitäts-Initiative) eminent wichtige Abstimmungen an.

Das Asylchaos wird uns weiterhin beschäftigen, denn die aktuelle Situation um die Asylpolitik ist ausser Kontrolle. Lassen wir uns überraschen, wie sich der überforderte SP-Bundesrat Beat Jans anlässlich der Albisgüetli-Tagung rausreden will. Für die SVP gilt, dass sich die unbequeme Wahrheit nicht schönreden lässt und es an der Zeit ist, mutig und entschlossen zu handeln. Die unkontrollierte Zuwanderung bedroht Land und Bevölkerung in unserer Sicherheit und Freiheit, unserer Kultur und unserem gesellschaftlichen Frieden.

Aber auch das Rahmenabkommen wird uns 2025 definitiv beschäftigen. Entscheide werden ja noch vor den Feiertagen getroffen, aber schon jetzt ist der Widerstand der SVP gegen diesen EU-Unterwerfungsvertrag sicher. Setzen wir ein deutliches Zeichen und regeln die Zuwanderung eigenständig, auch mit der schnellstmöglichen Einreichung der Grenzschutz-Initiative, für die es weiterhin Unterschriften zu sammeln gilt.

Wir sind noch immer einige tausend Unterschriften von unserem Sammelziel entfernt. Sammeln wir fleissig weiter Unterschriften, auch kombiniert mit der sinnvollen Kompass-Initiative. Wenn Sie uns für die Sammlung von weiteren Unterschriften unterstützen wollen, können Sie zusätzliche Unterschriftenbögen bei uns auf dem Sekretariat bestellen oder Sie wenden sich an Ihre Ortssektion.

Dank Ihrer Unterstützung und Ihres Engagements erreichen wir gemeinsam unsere Ziele für einen starken Kanton Zürich und eine sichere Zukunft in Freiheit. Ich wünsche Ihnen schon jetzt eine besinnliche Adventszeit, frohe Festtage und ein rundum erfolgreiches, glückliches und gesundes Jahr 2025.

von Marco Calzimiglia

UNGEWISSE ZEITEN LIEGEN VOR UNS

Im Dreieck von Syrien, dem Westen und Russland: Feiertage ohne Fest

Wir rasen mit Umbrüchen auf die Festtage zu: ein im Ganzen düsterer Advent mit unsicheren Aussichten für das nächste Jahr und die Zukunft. Einiges war absehbar, anderes überraschend.

Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Der Sturz des Assad-Regimes ist an sich eine gute Nachricht, auch wenn dieser Wandel viel früher hätte kommen müssen. Barack Obama hatte die befreiende humanitäre Intervention vor über zehn Jahren trotz der überschrittenen roten Linien verpasst.

Syrien – Freiheit oder Rückfall

Die Kadenz der Implosion in Syrien ist eindrücklich, aber nicht einzigartig. Der Fall der Berliner Mauer und der rasche Bruch des Eisernen Vorhangs waren eindrücklich: als Folge des satten Widerwillens in der Bevölkerung gegen den staatlichen Autoritarismus.

Doch war es eine Änderung zu mehr Freiheit und Demokratie? In Russland zeigt sich, dass es ein Rückfall hinter das Autoritäre ins Totalitäre war. Wird es in Syrien zu mehr Freiheit kommen oder zu Rückfällen? Trotz der geopolitischen Umwälzungen wäre der Jubel verfrüht.

Brüche in Europa

Die Regierungen in Frankreich und Deutschland sind auseinandergebrochen. Auch wenn das Brüche mit Ansage waren, so halten sie die Problematik von Demokratien vor Augen: Im Widerstreit mit totalitären Systemen kann sich die Demokratie auch als Schwäche erweisen. In geopolitischer Perspektive ist das bedrohlich.

So könnte sich der Kreml über diesen Zwist freuen. In Frankreich stehen die Blöcke links und rechts für eine putinfreundliche Haltung. Bei Marine Le Pen ist das weniger stark ausgeprägt als bei Jean-Luc Mélenchon, der Diktatoren in aller Welt verehrt. In Deutschland ist das ähnlich: Sowohl die AfD und besonders Sahra Wagenknecht können als kreml-affin verstanden werden.

Eine Stärkung dieser Extreme wäre im Sinne von Putin. Doch wer in Frankreich wirklich das Sagen haben wird, steht in den Wolken. Auch in Deutschland ist einiges offen: Wäre es dort der CDU-Chef Friedrich Merz, der im Kanzleramt den Zauderer ablöst, würde bei der Unterstützung der Ukraine nicht mehr «gescholzt».

Solidarität mit Demokratien

Angesichts der eindrücklichen Zeremonie in der Kathedrale Notre Dame in Paris – an der Donald Trump in vorderster Reihe vor vielen Regierungsvertretern aus Europa neben Emmanuel Macron sass – hatte ich gehofft, mich mit meiner Einschätzung geirrt zu haben: Es war die Hoffnung, dass diese Spiritualität den gewählten Präsidenten der USA auch zu Solidarität mit West- und Mitteleuropa bewegt.

Doch kaum wurde die Schwäche der Position von Putin durch die Ereignisse in Syrien offenkundig, da stärkt er ihm auch schon den Rücken mit spekulativen Aussagen: dass unter seinem Regime «die Unterstützung für die Ukraine geringer ausfallen könnte» und er für einen Austritt der USA aus der NATO «offen sei». Hiesse das, drastisch formuliert, in letzter Konsequenz gar, dass er Notre Dame zum Abschuss freigeben würde?

Angriff auf die Demokratie

Die Ergebnisse der Wahl in Rumänien wurden vom obersten Gericht kassiert, weil manipulative Eingriffe mit wohl russischer Herkunft von Geheimdiensten nachgewiesen wurden. Durch diese Wahl ist ein prorussischer Nationalist in die Top-Position gebracht worden, welche einen Rückfall in die düsteren Zeiten der Draculas mit sich bringen würde. Hätten das die Wähler – ohne Beeinflussung von aussen – wirklich gewollt?

Analoge Fragen stellen sich in Georgien: Dort war die robuste prorussische Wahlmanipulation so offenkundig, dass die Wahlen von den demokratisch regierten Ländern nicht anerkannt werden. In Moldawien hingegen scheiterte die russische Einflussnahme.

Entlarvender Zynismus in Moskau

Um den Bogen über Europa mit Syrien zu schliessen: Nachdem Assad mit seinem Clan, ein Mörder am eigenen Volk, in Russland nicht ein Asyl aus politischen, sondern aus «humanitären Gründen» erhalten hat, wird die Geisteshaltung offenkundig: Wenn in Moskau nun Völkermörder am eigenen Volk humanitär salonfähig werden, dann würde der Kreml um der Macht willen auch nicht vor Morden am eigenen Volk und vor Genozid an unterworfenen Völkern zurückschrecken.

Weihnachten vor 80 Jahren: Brigadier General Anthony McAuliffe hält Bastogne in der Gegenoffensive der Deutschen – eine Vorentscheidung für die freie Welt. Wo sind heute die Helden der Freiheit?
Bild: Bernhard im Oberdorf

GEGEN NATIONALE SOUVERÄNITÄT UND DEMOKRATISCHE KONTROLLE

Die schlechteste EU-Kommission, die es je gab

Ursula von der Leyen hat es geschafft: Das EU-Parlament hat sie mit Mehrheit der Linken, Grünen, Liberalen und «Konservativen» wieder zur EU-Kommissionspräsidentin gemacht. Die EU-Mehrheitspartei hat alles durchgewinkt.

Ein EU-Geheimdienst würde die demokratische Kontrolle aushebeln und ein undurchsichtiges Machtinstrument in den Händen der Brüsseler Bürokratie schaffen.
Bild: Adobe Stock

rw. Seit Beginn des russischen Einmarsches in der Ukraine gab es keine einzige ernsthafte Friedensinitiative der EU. Jeder Kritiker gilt der EU als «Feind der liberalen Demokratie». Zusätzliche Kompetenzen für die EU sind deshalb immer eine Abgabe von Verantwortung und Souveränität, die man nie mehr zurückbekommt.

Rauchverbot im Freien

Jüngstes, geradezu harmloses Beispiel zur Gängelung der EU-Bürger: ein Rauchverbot im Freien. Die EU-Kommission «empfiehlt» eine Ausweitung der rauchfreien Zonen auf manche Aussenbereiche. Diese Bevormundungspolitik ist entschieden zurückzuweisen. Ein Rauchverbot in Gartenrestaurants wäre ein weiterer Schlag gegen die Gastronomie. Und was die Kommission «empfiehlt», wird früher oder später in Gesetze mit entsprechenden Sanktionsfantasien gegossen.

Zentraler Geheimdienst

Der sogenannte Niinistö-Bericht zur Sicherheits- und Verteidigungsbereitschaft der Europäischen Union ist ein weiterer Sargnagel. Der von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Auftrag gegebene Bericht fordert unter anderem die Schaffung eines zentralen Geheimdienstes auf EU-Ebene sowie eine engere Zusammenarbeit mit der NATO. Das hat weitreichende Folgen und bedroht die Souveränität der Mitgliedstaaten.

Gegen Opposition in der EU

Der Niinistö-Bericht, benannt nach dem ehemaligen finnischen Präsidenten Sauli Niinistö, wurde als Reaktion auf die wachsenden Sicherheitsbedrohungen durch den Krieg in der Ukraine und die Aktivitäten russischer Agenten innerhalb der EU verfasst. Eine der zentralen Forderungen ist die Schaffung eines «voll entwickelten Geheimdienstes» auf EU-Ebene nach dem Vorbild der US-amerikanischen CIA sowie die Schaffung eines «Antisabotagenetzwerks» zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Solche Pläne gefährden das Vertrauen in die nationale Souveränität und demokratische Kontrolle.

Geheimdienste müssen strikter demokratischer Kontrolle unterliegen. Ein EU-Geheimdienst würde diese Kontrolle aushebeln und ein undurchsichtiges Machtinstrument in den Händen der Brüsseler Bürokratie schaffen, wie es jüngst die österreichische EU-Abgeordnete Petra Steger formulierte.

EU und NATO Hand in Hand

Besonders bedenklich sei der Vorschlag, die militärische Beistandspflicht im «Bündnisfall» auch auf neutrale EU-Staaten wie zum Beispiel Österreich auszudehnen. Für die Schweiz gilt: EU-Annäherung und NATO-Annäherung gegen offensichtlich Hand in Hand. Und die Puppenspielerin und Bundespräsidentin Viola Amherd zupft an beiden Schnüren, um von der Leyen zu gefallen.

«Desinformation» nach Brüsseler Art

Der Bericht geht noch weiter. Er will sogenannte Desinformation bekämpfen. Dies ist nur ein Vorwand, um einen Überwachungsapparat aufzubauen, der die Meinungsfreiheit im Internet einschränkt. Den Bürgern soll auf allen möglichen Wegen «Medienkompetenz» vermittelt – oder besser eingebläut – werden. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die in einer Union, die Kritiker als «Feinde der liberalen Demokratie» stigmatisiert, noch problematischer ist.

Immer noch mehr gemeinsame Schulden

Diese Anschläge auf die Demokratie und die Souveränität der Mitgliedstaaten sind klar sichtbar und vermittelbar. Sie sollen die EU damit zur Finanzierung von immensen Ausgaben zwingen, am besten mit immer mehr gemeinsamen Schulden.

Die Forderungen des Niinistö-Berichts stossen weiter auf erhebliche Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes und der Verlagerung von Sicherheitskompetenzen auf die EU.

Einladung zum SVP-Jassturnier

Was:	Schieber-Jass mit zugelostem Partner
Wann:	Freitag, 24. Januar 2025, 19.30 Uhr | Standblattausgabe ab 18.45 Uhr bis spätestens 19.15 Uhr
Organisation:	SVP Hettlingen
Wo:	Mehrzweckhalle Hettlingen
Einsatz:	Fr. 25.00

Es sind schöne Preise zu gewinnen. Alle Jasser und Jasserinnen erhalten einen Preis!

Die Organisatoren sind gerüstet und freuen sich auf viele Teilnehmer. Für das leibliche Wohl sorgen die Mitglieder der SVP Hettlingen.

Melden Sie sich ab sofort an, aber spätestens bis So, 19.01.2025 an:

Ruth Büchi-Vögeli, Heurüti 1, 8353 Elgg, E-Mail: rj-buechi@bluewin.ch

Wir heissen Sie heute schon herzlich willkommen und wünschen viel Spass und natürlich „guet Jass"!

Anmeldung zum SVP-Jassturnier, 24. Januar 2025 in Hettlingen

Name und Vorname.....

Strasse..... PLZ, Ort.....

E-Mail/Telefon..... Unterschrift.....

Name und Vorname.....

Strasse..... PLZ, Ort.....

E-Mail/Telefon..... Unterschrift.....

SVP WINTERTHUR SEEN

Ewige Treue

Geschätzte Leserinnen und Leser, liebe SVP-Familie,

Ja, es gibt sie noch, die langjährigen und noch immer aktiven und höchst interessierten Parteimitglieder. Vor zwei Wochen wurde mir zur Ehre, mich mit einem langjährigen, lieben Parteimitglied unserer SVP bei einem Mittagessen auszutauschen. Fritz Müller-Jaun – Mitglied der SVP-Sektion Winterthur Seen – ist sage und schreibe seit bald 74 Jahren Mitglied unserer Partei bzw. ist am 4. Januar 1951 der damaligen BGB-Sektion Seen beigetreten und trägt so seit über sieben Jahrzehnten stets die Werte und Anliegen unserer Partei mit. Fritz Müller-Jaun hat in dieser sehr langen Zeit äusserst viele Hochs, aber auch Tiefs unserer Partei erlebt. Ihm zuzuhören, ist jedes Mal wieder von Neuem spannend und interessant. So wünsche ich Fritz Müller-Jaun und seiner lieben Frau Annemarie, welche ebenfalls Mitglied der SVP Winterthur Seen ist, weiterhin nur das Allerbeste, eine unvergängliche Gesundheit und noch viele schöne Momente im Kreise ihren Liebsten und der SVP.

Und euch, lieben Leserinnen und Lesern, wünsche ich von ganzem Herzen eine besinnliche und fröhliche Adventszeit. Herzlichen Dank für eure Unterstützungen im Verlauf dieses Jahres.

René Isler,
Kantonsrat SVP,
Winterthur

Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei der Stadt Winterthur

Der Unterzeichnete erklärt hiermit seinen Beitritt in die Partei

BGB-Seen

Sektion: 8405 Winterthur

Seen den 4. Jan. 1951

Unterschrift: Fritz Müller

Beitrittsblatt der BGB-Seen vom 4. Januar 1951. Bild: René Isler

Fritz Müller-Jaun trägt seit über sieben Jahrzehnten stets die Werte und Anliegen unserer Partei mit.
Bild: René Isler

ZUR EU-FRAGE

Wo sind die Liberalen?

In der NZZ lobt Katharina Fontana den Liberalismus. Sie hebt dieses Staatsverständnis in alle Höhen, spricht von einem liberalen Aufbruch, sagt jedoch nicht konkret, wer die neuen Liberalen heute sind.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Wohin treibt die NZZ heute? Bild: flickr

Liberalismus stammt vom lateinischen Wort «liber», was frei heisst. Der Liberalismus feierte sein Hohelied in den Verfassungen, vorab in den protestantischen Kantonen, in den 1830er-Jahren. Er stammte aus der Französischen Revolution, obsiegte in den nachfolgenden Jahrzehnten bei der Schaffung der Bundesverfassung und war Leitlinie bis zum Zweiten Weltkrieg.

Damals und in den folgenden Jahren wurde er durch Professoren wie zum Beispiel Zaccaria Giacometti hervorragend verteidigt. Leider wurde der Liberalismus, welcher den Freisinnigen grosse Erfolge gebracht hatte, von ebendiesen durchlöchert. Die NZZ und Katharina Fontana suchen nach den «neuen Rebellen» – gemeint sind freiheitliche kämpferische Persönlichkeiten – in den ehemals erfolgreichen Kreisen; vergeblich. Es wird verschwiegen, dass diese Rolle weitgehend von Leuten einer anderen Partei übernommen wurde. Es begann vor gut dreissig Jahren. Von einer Zehn-Prozent-Partei und von der kleinsten der vier Bundesratsparteien wurde die SVP zur stärksten Schweizer und einer fast Dreissig-Prozent-Partei.

Was bedeutet Liberalismus?

Liberal ist der Gegensatz zu überbordendem Sozialismus und Staatsgläubigkeit. Liberalismus stellt die Grundrechte ins Zentrum: Persönliche Freiheit, Meinungsäusserungsfreiheit, Eigentumsgarantie und Wirtschaftsfreiheit sollen das Individuum vor dem Staat schützen. Menschenfreundlichkeit ist angesagt. Nicht falscher Moralismus muss die Leitlinie bilden. All das wird durch die demokratischen Rechte gewährleistet; wenn möglich durch die direkte Demokratie, mithin durch das Volk. Nicht vergessen werden darf der Föderalismus; denn in den kleinen Einheiten werden Freiheit und Menschlichkeit am besten und dauerhaft gewährleistet.

Die echten Liberalen müssen nicht erst gesucht werden

Es ist ja gut gemeint, wenn die NZZ nach Politikern mit liberaler Haltung sucht, nach Persönlichkeiten, nach Politikern, die dafür kämpfen und die «nicht den Kopf einziehen». Sie übersieht bei diesem Tun jedoch, dass solche Frauen und Männer schon vorhanden sind. Dies aber weitgehend nicht in derjenigen Partei, die sie sich wünscht. Nur acht Seiten weiter hinten in derselben Zeitungsnummer findet sich der Beweis dafür. Dort wird nämlich ein bürokratisches Modell des FDP-Nationalrates und EU-Turbos Simon Michel angepriesen. Damit soll die Schweiz gerettet werden. Um die extreme Zuwanderung zu stoppen, wird ein selten bürokratisches Dreiphasenmodell propagiert. Dieses gipfelt darin, dass Schweizer Firmen 10 000 Franken pro Mitarbeiter aus der EU entrichten sollen.

Das würde jedoch dem angestrebten freiheitlichen Staatsverständnis grundlegend widersprechen. Man darf sich fragen: Wohin haben sich die EU-Protagonisten verirrt? Welch eine Unfreiheit und welch eine Bürokratie wären die Folge, wenn man diesen Rezepten ohne rechtstaatlichen Widerstand aufsitzen würde. Die Erwartung von weniger Unfreiheit und weniger Bürokratie wird in einem brandneuen Interview in der NZZ bei Zustimmung zum sogenannten EU-Paketvertrag von der Zürcher Ständerätin Tiana Moser behauptet; erschreckend…

Die Aufgabe des führenden bürgerlichen Blatts

Um nicht missverstanden zu werden: Ich schätze die NZZ sehr. Seit über fünfzig Jahren bin ich Abonnent des Blatts.

Dieses war einmal rechtstaatlich-liberal im wahrsten Sinne. Wohin treibt sie aber heute? Wäre es nicht ihre Aufgabe, sich auf die über 2000 Jahre alte Weisheit zu besinnen: «Audiatur et altera pars» oder man «muss auch die andere Seite anhören» – und vor allem würdigen. Die freiheitlichen Kräfte sind nämlich schon vorhanden!

DAUERND, BEWAFFNET UND VOLLSTÄNDIG

Was heisst neutral?

Dank der schweizerischen Neutralität konnten zahlreiche Kriege abgewendet und über Jahrhunderte Frieden gewahrt werden. Die schweizerische Neutralität ist das wichtigste Instrument der Friedenssicherung.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Glaubwürdig ist diese nur, wenn die schweizerische Neutralität dauernd (immerwährend), bewaffnet (durch eine Verteidigungsarmee) und vollständig (integral) ist, wenn also nicht nur militärische Einsätze im Ausland, sondern auch nichtmilitärische Zwangsmittel – beispielsweise Wirtschaftssanktionen, diplomatische Sanktionen, Reisebeschränkungen – verboten sind.

Dies ist der Unterschied zur gewöhnlichen Neutralität, wie sie früher etwa Finnland oder Schweden bis zu ihrem NATO-Beitritt 2024 handhabten. Sie schützte Finnland nicht davor, in den Zweiten Weltkrieg hineingerissen zu werden, und Schweden liess deutsche Truppen durch sein Territorium marschieren. Die Schweiz hat die Alternative: Neutralität oder Krieg! Nur durch die Neutralität wird sie nicht in Kriege hineingezogen. Was heisst: Wir sind für niemanden Kriegspartei, also für keine Kriegspartei ein Freund, aber auch kein Feind. Unser Land ist nicht nur von Fall zu Fall neutral, sondern immerwährend neutral, was die Verlässlichkeit ausmacht. Die bewaffnete Neutralität erhöht den Eintrittspreis für einen allfälligen Angriff. Eine Kosten-Nutzen-Analyse muss einen Feind zum Nichtangriff veranlassen.

Die umfassende (integrale) Neutralität verbietet auch die Teilnahme an nichtmilitärischen Kampfmitteln. Nur dies garantiert die Glaubwürdigkeit. Wer von der schweizerischen Neutralität abweicht, wer eine Flexibilisierung oder Relativierung der Neutralität unterstützt, wer für eine NATO-Annäherung oder gar einen NATO-Beitritt eintritt, nimmt das Gegenteil des Friedens in Kauf: den Krieg.

Am 12. Dezember wurde der Internationale Tag der Neutralität gefeiert. Bild: Adobe Stock

EINBÜRGERUNGEN ALS POLITISCHES ZWECKMITTEL

Wie sich linksgrüne Parteien neue Wähler verschaffen

Die Zusammensetzung der Wählerschaft in unserem Land soll weiterhin tiefgreifend verändert werden. Immer mehr eingebürgerte Migranten werden bei kommenden Wahlen und Abstimmungen ihre Stimme abgeben können. Mit der vor kurzem eingereichten «Demokratie-Initiative» würde sich diese Entwicklung weiter verschärfen und die Stabilität und Identität der Schweiz gefährdet.

Sean Burgess
Kommunikation &
Redaktor Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

Rund 135 000 Unterschriften hat das Komitee der Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» in den vergangenen 18 Monaten gesammelt. Die Initiative fordert «faire und objektive Kriterien» für die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern. Konkret sollen Personen auf Antrag eingebürgert werden, die:

a. sich seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz aufhalten;
b. nicht zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe verurteilt worden sind;
c. die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden; und
d. Grundkenntnisse einer Landessprache haben.

Wer diese vier Voraussetzungen erfüllt, soll ein Anrecht auf den Pass haben; unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Vorläufig aufgenommene Geflüchtete könnten nach fünf Jahren ebenso den Schweizer Pass beantragen wie Menschen, die aufgrund des Berufes in die Schweiz gezogen sind.

Gefährliche Schwächung des politischen Systems

Damit würde die durch Masseneinbürgerungen eingeleitete Umpflügung der Schweizer Bevölkerung fortgesetzt. Wurden im Jahr 1990 noch 5127 Menschen eingebürgert, waren es 2023 41 701. Auf dieser Höhe und teilweise noch höher bewegen sich die Einbürgerungen seit vielen Jahren. Dazu beigetragen haben – nebst der Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft seit Anfang 1992 – die enormen Erleichterungen beim Erwerb des Bürgerrechts. Mit der «Demokratie-Initiative» würde die Schweizer Staatsangehörigkeit noch mehr entwertet.

Der sich daraus ergebende Verdacht liegt auf der Hand: Die linksgrünen Parteien – man schaue sich das Initiativkomitee an – sind offenbar auf der Suche nach neuen Wählern. Das jüngste Wahlbarometer des Forschungsinstituts Sotomo zeigt, dass die SVP derzeit als einzige Partei Wähleranteile gewinnt. Die Panik ist daher nicht verwunderlich – und das Interesse an Massenmigration auch nicht. Studien haben bestätigt, dass Erstwähler mit Migrationshintergrund vorzugweise die SP wählen, wobei auch die Grünen überdurchschnittlich gut abschneiden.

Eine solche Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, wie sie die «Demokratie-Initiative» fordert, muss zwangsläufig dazu führen, dass der Anteil derer, die zur Schweiz kaum ein Verhältnis haben, immer grösser wird. Es liegt nahe, dass solche Personengruppen durch Sozialleistungen und andere Vergünstigungen dazu motiviert werden können, bestimmte Parteien zu unterstützen.

Die Schweizer Demokratie basiert jedoch auf einer engagierten und informierten Bevölkerung. Eine zu grosszügige Einbürgerung könnte das Gleichgewicht unseres politischen Systems gefährden, indem Menschen mit geringen Kenntnissen unserer politischen Kultur oder unserer Institutionen plötzlich über die Geschicke des Landes mitbestimmen. Dies ist mit der «Demokratie-Initiative» umso wahrscheinlicher, sucht man Wissen zum politischen System der Schweiz unter den dort genannten Kriterien doch vergebens.

Kein Ausverkauf der Staatsbürgerschaft

Die SVP steht seit jeher für den Erhalt unserer einzigartigen Identität. Die Forderung nach einer erleichterten Einbürgerung mag auf den ersten Blick humanitär und fortschrittlich erscheinen, birgt jedoch erhebliche Risiken für unsere Gesellschaft, Werte und Demokratie. Die politische Stabilität der Schweiz kann nur gewahrt werden, wenn die Einbürgerung an klare und strenge Kriterien geknüpft bleibt.

Die Forderungen der «Demokratie-Initiative» hingegen entpuppen sich als ein Werkzeug linker Parteien, um ihre Wählerbasis zu vergrössern. Einbürgerungen dürfen jedoch nicht zu einem politischen Spielball werden! Stattdessen müssen wir konsequent dafür sorgen, dass die Einbürgerung weiterhin ein gut durchdachter und verdienstbasierter Prozess bleibt – im Interesse der Schweiz und ihrer Zukunft.

Einbürgerungen dürfen nicht zu einem politischen Spielball werden. Bild: Adobe Stock

Fadegrad

von
Tobias Infortuna

Weihnachtsbraten ohne Braten

Zahlreiche Stolperfallen erschweren heutzutage die Weihnachtszeit. Der Samichlaus ist als alter weisser Mann ein Relikt aus der Steinzeit, die Kerzen auf dem Adventskranz erwärmen das Klima, und die Gendersterne sind bekannter als die Zimtsterne.
Besonders kompliziert gestaltet sich die Vorbereitung des Weihnachtsessens. Stand früher ein saftiger Schweinebraten auf dem Tisch, musste der einem Rindsstück weichen, damit alle Religionen willkommen waren. Das Rindfleisch musste aber im Folgejahr wieder verschwinden, weil der Enkel darauf hinwies, dass Rinder zu viele Gase absondern und somit dem Klima schaden. Das hat er nämlich in den Nachrichten des Schweizer Fernsehens gesehen.
Ach, wie schön waren doch die Zeiten, als an Feiertagen stattdessen Filme geschaut wurden, in denen Bud Spencer und Terence Hill böse Buben verprügelten. Dann kamen im Laufe der Jahre die vegetarischen Familienmitglieder dazu. Der zusätzliche Aufwand blieb vorerst gering, indem die Sättigungsbeilage kurzerhand zum Hauptbestandteil des Tellers befördert wurde. Also gab es für die Vegetarier Nudeln an einer Rahmsauce. Der Enkel, inzwischen aber Veganer, isst keinen Rahm, an die Nudeln musste folglich eine Tomatensauce. Hat es nicht Eier in den Teigwaren? Man will keinen Streit am Tisch riskieren und ersetzt die Nudeln durch in Streifen geschnittene Zucchetti. Was macht der Enkel währenddessen unter dem Weihnachtsbaum? Ach so, er entfernt den Ochsen wegen des Klimas. Das ist nur konsequent, daran hätte man denken müssen, ein klarer Fehler des Gastgebers. Jetzt nimmt er auch noch Josef weg, als Zeichen gegen das Patriarchat. Tröstlich hingegen, dass die ersten Gäste bereits betrunken sind, die nehmen diese unverzeihlichen Fehler in der Krippe gar nicht wahr.
Inzwischen werden auch schon die Geschenke verteilt. Die aufgeschlossene Tante schenkt den Kindern Spielfiguren mit Kopftuch. Dazwischen hat sie geschickt die Mandarinen durch Früchte mit kürzerer Lieferkette ersetzt. Mittlerweile fehlen in der Krippe die Hirten. Dem Enkel ist in den Sinn gekommen, dass die Lehrerin neulich gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse gewettert hatte. In der Krippe stehen nun die Figuren mit Kopftuch. Die Gäste beginnen daraufhin mit der klimagerechten Entsorgung der Geschenkverpackungen zu nerven. Wo sind nur Bud Spencer und Terence Hill, wenn man sie braucht?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Ausgabenwachstum in der Stadt Zürich ausser Rand und Band – SVP warnt seit Jahren

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Parteien unterschiedliche Ansichten haben. Doch die explosionsartige Zunahme der Staatskosten in der Stadt Zürich muss für alle, die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen, ein Weck- und Warnruf sein. Die SVP fordert eine schlanke Verwaltung, den Stopp von unsinnigen Staatsausgaben und eine Steuersenkung von sieben Prozentpunkten. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, Sicherheit und Freiheit gewährleisten und die Bürger möglichst in Ruhe lassen.

Samuel Balsiger
Gemeinderat und Fraktionspräsident SVP Zürich

Bis ins Jahr 2022 stiegen die städtischen Ausgaben jährlich um etwa 100 bis 200 Millionen Steuerfranken. Diese Ausgabenpolitik war bereits verantwortungslos. Doch seit Beginn der laufenden Legislatur gehen die Staatsausgaben regelrecht durch die Decke. Um bis zu 800 Millionen Steuerfranken steigen diese pro Jahr an; innert drei Jahren zusätzliche Staatsausgaben von fast 1,7 Milliarden. Und in den nächsten Jahren soll es im gleichen Höllentempo weitergehen. Dass diese ungesunde Entwicklung nicht gut enden wird, dürfte insgeheim allen Verantwortlichen klar sein.

Die Eskalation droht

Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) zeigt demnach auch, dass in den nächsten Jahren hohe Aufwandüberschüsse auf die Stadt Zürich zukommen; innert der nächsten vier Jahre rund 1,2 Milliarden Franken. Solange sich mittelbis langfristig die Lage diesbezüglich nicht verbessert hat, muss die Stadtverwaltung die Investitionssumme herunterfahren. Der Grund für die abstruse Ausgabenpolitik besteht hauptsächlich darin, dass die Linken sowohl im Stadtrat als auch im Gemeinderat die absolute Mehrheit haben. Warum geben sie so viel fremdes Geld aus? Sie möchten Gefälligkeiten verteilen, um sich bei gewissen Gruppen beliebt zu machen. Die linken Parteien machen also mit Gefälligkeiten auf Kosten der Steuerzahler Wahlkampf – dies hinterlässt einen schalen und demokratiepolitisch unwürdigen Nachgeschmack.

SVP arbeitet fürs Volk

Gleichzeitig bleiben die echten Probleme, die in der Stadt Zürich vorherrschen, ungelöst. Die SVP bietet immer wieder Hand, um die Polizei und damit die Sicherheit in unserer Stadt zu stärken. Wir erarbeiten auch in anderen Bereichen Lösungen für unsere Bevölkerung. Wichtiger Leitsatz dabei: Der Staat soll sich möglichst zurückhalten, damit sich die Bürger frei entfalten können. Problemlos sind durch Optimierungen im Verwaltungsbetrieb Steuersenkungen von sieben Prozentpunkten möglich, ohne dass die Qualität der staatlichen Leistungen nur eine Spur schlechter würde. Zu viele Doppelspurigkeiten, unsinnige Milliardenprojekte, teures «Züri Finish» und Bürokratie lassen grüssen.

Mehr SVP – mehr Schweiz

Die SVP will einen schlanken Staat, gut funktionierende Verkehrsinfrastrukturen, tiefe Steuern, ein kontrolliertes städtisches Bevölkerungswachstum, Sicherheit, Wohlstand und Freiheit. Die SVP hat die richtigen Antworten auf die grossen Probleme unserer Zeit. Wir vertrauen auf die Mündigkeit der Bürger und wissen, dass Eigenverantwortung keine Last, sondern eine Befreiung ist.

Mit Gefälligkeiten auf Kosten der Steuerzahler wollen sich die linken Parteien Wähler «kaufen». Gegenentwurf der SVP: weniger Staat, mehr Freiheit. Bild: Samuel Balsiger

AUS DEM STADTPARLAMENT WINTERTHUR

Das Stadtparlament kürzt das Budget um neun Millionen

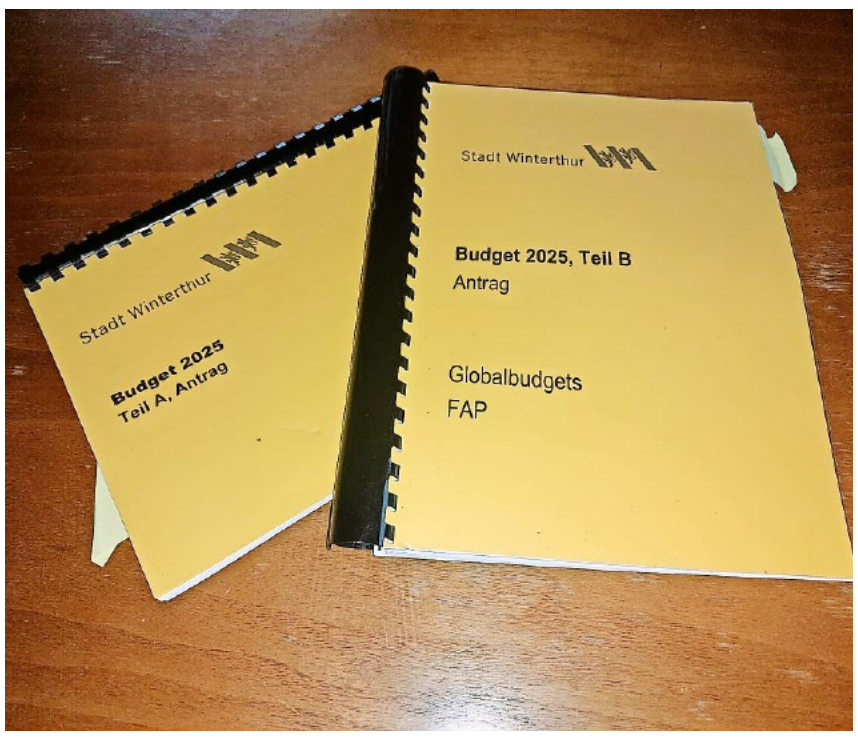
Eine Allianz aus SVP, FDP, Die Mitte, GLP und EVP hat das Budget 2025 der Stadt Winterthur um neun Millionen Franken gekürzt. Dieser Betrag entspricht rund drei Steuerprozenten.

Christian Hartmann
Stadtparlamentarier und Fraktionspräsident SVP Winterthur

Von «Kaputtsparen» bis «Kahlschlag bei den Mitarbeitern» gingen die Vorwürfe von SP und Grünen. Dabei hat das Stadtparlament gerade einmal neun von knapp 1700 Millionen Kosten und eine einzige neu geplante Stelle gekürzt. Das Budget steigt noch immer massiv und es werden 127 neue Stellen geschaffen. Die Grünen wollten die Kürzungen mit einer Steuererhöhung um zwei Prozent «kompensieren». Der Antrag verkam zur Lachnummer – nicht einmal alle SP-Parlamentarier unterstützten die Idee. Die SVP hat – im Gegensatz zum letzten Jahr – dem Budget angesichts der Kürzungen zugestimmt.

Ausgangspunkt des Widerstands gegen das Budget war erstmals nicht die Erfolgsrechnung, sondern die geplanten Investitionen. Die geplanten Investitionen von weit über 100 Millionen Franken sind die Kosten vor morgen, da dann über viele Jahre Abschreibungen anfallen. There is no such thing as a free lunch – es gibt nichts gratis.

Hier stiessen vor allem die grosszügigen Gebundenheitserklärungen auf Widerstand. Irgendwann nach der Genehmigung des Budgets kam dann sogar dem Stadtrat in den Sinn, dass Investitionen für die neue Abwasserreinigungsanlage in der Hard in Wülflingen mit weit über 100 Millionen Franken vielleicht dem Volk vorgelegt werden sollten und nicht gebundene Kosten sind. Das Parlament nahm zusätzlich zahlreiche Korrekturen, vor allem bei Strassenprojekten, vor.



Ermöglichen trotz 608 Seiten wenig fundierte Entscheidungen: Budgetbücher der Stadt Winterthur. Bild: Christian Hartmann

Weg mit dem «Winterthurer Finish»

Ein grosser Hebel wäre auch die Überprüfung von extern definierten Standards und die sklavische Einhaltung von kantonalen «Empfehlungen». Dies hat einen Einfluss auf die Ausgaben wie auf die Investitionen. Braucht Winterthur überall nur das Beste vom Besten? Winterthur muss weg vom Perfektionismus, weg vom «Winterthurer Finish». Muss jede Richtlinie des Kantons bis zum letzten Komma umgesetzt werden, nur damit niemand sagen kann, man hätte etwas falsch gemacht? Dafür braucht es Augenmass auf allen Stufen – und wenn etwas nicht ganz perfekt läuft die Rückendeckung der Vorgesetzten auf allen Stufen; bis in den Stadtrat.

Das Sparpotenzial in diesem Bereich ist riesig. Aber das Stadtparlament ist die falsche Behörde für die Analyse. Der Auftrag des Stadtparlaments ist es daher, Luft in den Budgets im Umfang von sieben Millionen Franken zu identifizieren. Dabei geht es nicht nur um Normen, sondern beispielsweise auch um die explodierenden Kosten der extern eingekauften Dienstleistungen. Unter dieser Position werden Leistungen verbucht, die die Stadt nicht selbst erstellt, sondern einkauft. Damit können auch «fehlende» Stellen kompensiert werden. Genau hinschauen wird sich lohnen.

Fehlende langfristige Prioritäten des Stadtrates

Eigentlich sollte der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) einen Blick in die weitere Zukunft erlauben. Der FAP 2026–2028 ist aber – nicht nur aus Sicht der SVP – vor allem eine Auflistung aller Wünsche von Verwaltung und Stadtrat. Selbstverständlich wird in einen FAP nicht gleich viel Arbeit investiert wie ins Budget. Aber der vorliegende FAP lässt keinerlei Priorisierungen erkennen. Für die Steuerung der Stadt ist er also nicht zu gebrauchen. Auf der Basis aller Wünsche sieht der FAP bis 2028 zusätzliche Schulden von 400 Millionen Franken vor. Zusätzlich zu den 1,2 Milliarden bestehender Schulden.

Die Schulden gemäss Budget 2026 betragen 9500 Franken pro Einwohner – inklusive Kinder. Und jetzt soll die Verschuldung noch einmal ansteigen. Dabei betrachtet der Kanton bereits eine Verschuldung von über 5000 Franken pro Einwohner als sehr hoch. Massnahmen des Stadtrates? Keine.

Die SVP hat den FAP deshalb abgelehnt. Der zuständige SP-Stadtrat hat durchblicken lassen, dass der Stadtrat das Thema angehen will. Immerhin.

LESERBRIEF

Besinnliche Dezember-Gedanken

Nun neigt sich langsam aber sicher das Jahr zu Ende. Wir biegen ein in den mehrheitlich besinnlichsten Monat des Jahres. Es wird Zeit für einen Rückblick auf das vergangene Jahr, für eine Analyse. Ich möchte dies jedoch auf eine besinnliche Art machen. Ich möchte mich an dem orientieren, weswegen dieser Monat so besinnlich ist oder zumindest sein soll. Ich möchte einkehren zu demjenigen, dem wir die schön geschmückten Bäume, die Lichterfreuden in den Städten oder die Weihnachtskonzerte im dunklen Monat Dezember zu verdanken haben.

Wenn wir besinnlich werden, hat es aber wohl auch wieder etwas Beschwerliches, Erdrückendes. Deswegen dürften Ihre Gedanken sein, das kann doch nicht sein! Beschwerlich, weil wir im Rückblick ernüchternd feststellen müssen, dass wie es sein sollte und wie es ist, nicht übereinstimmt.

Wir blicken zurück auf ein weiteres Jahr Kapitalismus. In der Schweiz auf einen milderen Kapitalismus als anderswo, was nicht heisst, dass er auch bei uns immer noch zu tierisch daherkommt.

Wir leben und stützen weiterhin einen Kapitalismus, der den Wert und die Wertigkeit des Menschen an dem misst, was er tut. Wenn er nichts tut, wird ihm diese Wertigkeit abgesprochen und es wird als völlig in Ordnung angesehen, wenn man sich tagtäglich sich schwere Gedanken machen muss, wie man Ende Monat seine Rechnungen bezahlen und trotzdem in 30 Tagen sich nur schwer einen Luxus leisten kann. Dieser Kapitalismus findet es immer noch richtig, dass es in der Schweiz einen Niedriglohnsektor gibt, bei dem die Menschen in ähnliche Situationen kommen. Auch wenn Mütter für ihre Kinder da sind und dafür auf Arbeit verzichten und somit riskieren, in Zukunft in eine Armutssituation zu kommen, auch damit hat der Kapitalismus kein Problem. Man ist ja selber schuld, man hätte arbeiten gehen sollen. Das System wendet sich vor allem den Habenden zu. Ihre Bedürfnisse sind dem System ausserordentlich wichtig. Ihr teils perverser Reichtum soll nicht angetastet werden, bei den Armen wird aber gerne weiter gekürzt. Ganz anders beim Mann vor 2000 Jahren, ihn interessierten vor allem die Geschundenen, Fragen des Warum und der Schuld waren für ihn nie Thema, sondern nur die Liebe und das Mitgefühl ihnen gegenüber.

Kurzum, das System von heute ist das Gegenprogramm dessen, was der Mann vor über 2000 Jahren predigte.

Dieser Mann sagte, jeder Mensch ist immer absolut wertig und egal, was man tut, dieser Wert verändert sich nie. Selbst wenn jemand 24 Stunden arbeitet und viel Geld verdient (wenn man es noch so bezeichnen möchte), ist dieser nicht mehr wert als der Mann, der in der Gosse hockt und nichts geleistet hat. Nein im Gegenteil, wenn dieser Mann in der Gosse das Herz am rechten Fleck hat und den Mann, den sie Messias nennen, von ganzem Herzen liebt, darf er sich wohl glücklicher schätzen. Denn der Mann vor 2000 Jahren predigte die Liebe, die Liebe war alles für ihn und Liebe ist einfach da. Man kann Liebe nicht erkaufen, nicht erkrampfen, nicht verdienen, nicht zurecht korrumpieren. Nein, Liebe ist einfach da. Nur echte gelebte Liebe macht alle Menschen und alles auf dieser Erde auf eine gesunde Art gleich.

Er liess uns eine Erde zurück mit der Botschaft, uns um sie zu kümmern, etwas Gutes daraus zu machen, die Liebe auf Erden überall und zu jedem und alles zu leben. Bis jetzt haben wir uns dazu entschieden, die Erde daraus zu machen, dass sich diese Worte bis heute erfüllen: «Die ganze Welt liegt in der Macht dessen, der böse ist.» Nicht weil es ein Naturgesetz ist, sondern weil wir es daraus machen. Der Mann vor 2000 Jahren hatte uns die «Systemidee» der Liebe gebracht, wir entschieden uns für das Gegenprogramm. Nur weil es bei uns etwas milder ausfällt, heisst es nicht, dass die Worte, die uns vor 2000 Jahren gegeben wurden, noch sehr präsent sind auf der Erde.

Aber, und das ist das Entscheidende und darauf dürfen wir uns besinnen: Die Worte sind noch in unseren Ohren, wir kennen sie noch. Schaffen wir es nächsten Dezember auf ein besinnlicheres Jahr zurückzublicken? Es liegt an uns, wir haben die Macht. Es liegt an uns, von wem wir uns flüstern lassen: auf die Flüsterer der letzten zwölf Monate oder auf den Flüsterer, der vor 2000 Jahren unter uns weilte?

Michael Schulze, Winterthur

DER ZWEITE WELTKRIEG UND DIE SCHWEIZ

Die Bombardierung von Schaffhausen und ihre Folgen

Am 1. April 1944 wurde die Stadt Schaffhausen bombardiert. Dabei wurde aber nicht nur die Stadt, sondern auch die östlich angrenzenden Dörfer und Gebiete in Mitleidenschaft gezogen. Basierend auf offiziellen Berichten zeigte Erwin Müller im Zentrum Kohlfirst viele Hintergründe auf.

RoMü. Von vierzig folgenschweren Sekunden um 10.55 Uhr am 1. April 1944 sprach Erwin Müller. Er engagiert sich stark für das Museum Zeughaus in Schaffhausen und hat sich umfassend mit den vielen vom Stadtrat Schaffhausen gesammelten offiziellen Berichten rund um dieses tragische Ereignis auseinandergesetzt. An diesem Samstagmorgen und am Vortag des Palmsonntags war in der Munotstadt schönes Frühlingswetter angesagt. In Schulen wie beispielsweise in Benken fand das Examen statt. Auch in den Fabriken wurde gearbeitet. Da aber der Palmsonntag bevorstand, war die Belegschaft etwas geringer.

Folgenschwere Fehler

Das Unheil begann am Vortag, als die 8. auf mehreren Basen in England stationierte US-Luftflotte einen Bombenangriff auf den Industriekomplex IG Farben in Ludwigshafen am Rhein fliegen sollte. Doch das Wetter verhinderte dieses Vorhaben. Es musste um einen Tag und somit auf den 1. April verschoben werden. «Kurz vor 7 Uhr stiegen sieben Geschwader mit 408 Bombern und 475 Jägern angeführt von «Pfadfindern» von ihren Basen auf, obwohl das Wetter nicht besser war», führte Müller aus. Doch als Folge eines Navigationsfehlers brachen über die Hälfte der Flugzeuge den Einsatz ab und drehten ab. Die Übrigen bemerkten zu spät, dass sie ihr Ziel um 200 km verfehlt hatten. Zwei Geschwader mit 115 Flugzeugen drehten nun ebenfalls ab und bombardierten die Gelegenheitsziele Strassburg und Pforzheim. Das 14. Bombergeschwader mit 47 Bombern flog aber weiter und näherte sich von Nordwesten her Schaffhausen. Dies im Glauben, es sei Ludwigshafen. Um 10.16 Uhr musste aber der erste Angriff abgebrochen werden, weil beim Pfadfinder wiederum der Radar ausgefallen war und der Bombenschacht klemmte, sodass er die Zielmarkierung nicht abwerfen konnte.

«Ahnen die fasziniert zum Himmel schauenden Schaffhauser, dass sie im Moment grosses Glück haben?»

Der Verband überfliegt die Stadt und nach den Alpen drehten sie eine grosse Schlaufe über Wil SG und Frauenfeld. Noch ahnt niemand in der Stadt, was nun in den nächsten Minuten passieren wird. Müller zitierte dabei aus dem Bericht der Stadtpolizei die Situation kurz vor dem Abwurf: «Schönes klares Wetter, windstill. Auf den Strassen der Altstadt mit Ausnahme der Bahnhofstrasse herrschte gewohnt reger Verkehr. Der Markt auf dem Herrenacker neigte sich dem Ende zu. Auf dem Markt waren noch ca. zehn Händler und wenige Kunden.»

Um 10.55 fallen die Bomben

«Die erste Sektion mit 15 Flugzeugen öffnet die Schächte und entlädt zielgenau die Last von 598 Brand- und 180 Sprengbomben», führte Müller aus. Zudem werden auch vier weitere 500 Pfund schwere Sprengbomben abgeworfen. Die zweite, etwas höher fliegende folgende Sektion erkennt den Irrtum, fliegt weiter und entlädt auf ihrem Rückflug ihre Bombenlast zufälligerweise über Grafenhausen.

In und um Schaffhausen sind vier Trefferzonen registriert worden. Die ersten beiden Bombenzüge erstreckten sich vom «Buchberg» südwestlich von Diessenhofen bis zum Paradies. Der zweite mit Bomben eingedeckte Streifen zog sich von Unterschlatt bis zum Kyburgerstein südlich von Langwiesen auf dem Kohlfirst. «Dies ist auf den Pfadfinder der führenden 392. Bombertruppe zurückzuführen, welcher aus unerklärlichen Gründen das Ziel zu früh markiert hatte», sagte Müller. Diese Schaffhausen vorerst verschonenden Bombardements verursachen aber nur Landschäden. Im dritten Abschnitt vom Kohlfirst wurden die Bindfadenfabrik in Flurlingen sowie das Mühlenquartier mit Urwerf bis zum Engeweier mit einem Bombenhagel eingedeckt. Am meisten Opfer verursachte aber die Abwurfzone zwischen Feuerthalen über die Altstadt, den Bahnhof bis zur Steigkirche. Am Bahnhof sorgte auch eine 500 Pfund schwere Sprengbombe für die meisten Opfer, indem 18 Menschen ihr Leben verloren.

Glück im Unglück

An jenem Morgen arbeiteten in der Bindfadenfabrik in Flurlingen 400 der 600 Mitarbeiter. Gesamthaft wurden über dem Fabrikareal 27 Bomben abgeworfen, wobei deren zwölf die Fabrikhallen trafen. Wie durch ein Wunder wurden aber nur vier Personen schwer und weitere 16 leicht verletzt. In den folgenden Wochen musste auch für die 133 zerstörten Wohnungen Ersatz gefunden werden. Die Lösung wurde in dezentral erstellten Baracken gefunden. So wurden auch in Flurlingen als einem der fünf Standorte an der Gründenstrasse sechs Wohnungen realisiert. Die Bewohner mit Schaffhauser Wohnsitz, welche diese Baracken bezogen, blieben aber während dieser Zeit Schaffhauser.

Gesamthaft wurden über dem Fabrikareal 27 Bomben abgeworfen, wobei deren 12 die Fabrikhallen trafen. Bild: zVg

Fraktionsessen mit Matthias Ackeret

rw. Am diesjährigen Weihnachtsessen der SVP-Kantonsratsfraktion war Matthias Ackeret zu Gast. Der Journalist, Verleger, Publizist und Autor von Teleblocher sprach zur Medienlandschaft der Schweiz. Er zeigte sich in seinem launigen Referat überzeugt, dass guter Journalismus in der Schweiz weiter seinen Platz habe. Aber die Subventionierung der Medien-Grosskonzerne müsse überdacht werden. Gastgeber und Fraktionschef Tobias Weidmann lobte, dass heute die SVP/EDU-Fraktion sehr geschlossen auftrete. Schliesslich bedankte sich Parteipräsident Domenik Ledergerber für die immense politische Arbeit für die SVP-Themen auf allen Ebenen. Der traditionelle Anlass fand in Anwesenheit von rund 80 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gewerbe sowie der Justiz statt.

DAS KÖNIGLICHE SPIEL

Alt Parteisekretär ist Schweizer Meister im Fernschach

Der frühere Parteisekretär der SVP des Kantons Zürich, Reinhard Wegelin, darf sich nach seinem ersten Triumph 2021 erneut Schweizer Meister im Fernschach nennen.

svp. Im Fernschach und im Nahschach wird das gleiche Schachbrett verwendet, die Zugmöglichkeiten der Figuren sind vollkommen und die übrigen Regeln nahezu identisch – abgesehen von der Übertragung der Züge. Fernschach wird ein bisschen unter Ausschluss der Öffentlichkeit gespielt. Schliesslich sitzen die Spieler sich nicht direkt gegenüber, sondern beide in einem stillen Kämmerlein und tauschen ihre Züge auf einem virtuellen Brett aus. Heutzutage zumeist über einen Server.

Reinhard Wegelin hat das Schachspiel im Laufe der Jahre perfektioniert und bereits den Titel «Correspondence Chess Master» inne, mittlerweile ist er nahe am Titel «Internationaler Master» dran. Jüngst hat er an einem internationalen Turnier in Arco am Gardasee teilgenommen und blickt auf einen erfolgreichen Wettkampf zurück. Scannen Sie den QR-Code und gewinnen Sie in einem ausführlichen Interview von Swisschess mit Reinhard Wegelin einen Einblick in die Welt eines Schachspielers.

Zum Interview:

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Oetwil, mis Dorf und mis dihei!

SVP Oetwil an der Limmat

Erlebe ungefiltert und aus erster Hand, was aktuell im National- und Kantonsrat passiert!

Nutze diese Gelegenheit, um spannende Einblicke in die Politik zu bekommen und mitzudiskutieren!

Der Anlass ist öffentlich – wir freuen uns auf Dich!

SVP Oetwil an der Limmat • Postfach • 8955 Oetwil an der Limmat • info@svp-oetwil.ch • www.svp-oetwil.ch

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32.
Insertionspreise: www.zbv.ch/inserate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68.
Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Samstag, 14. Dezember 2024, 10.00 Uhr, Sessionsapéro, Gemeindescheune, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrat Roger Schmidinger.

Bezirk Hinwil/Wetzikon
Montag, 16. Dezember 2024 – Freitag, 20. Dezember 2024, jeweils von 17.00 bis 20.00 Uhr, Standaktionen, vor dem Oberland Märt, Wetzikon.

Samstag, 11. Januar 2025, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Oberland Märt, Wetzikon.

Samstag, 18. Januar 2025, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Oberland Märt, Wetzikon.

Freitag, 24. Januar 2025, 19.00 Uhr, Parteiversammlung und Fondueplausch, Café Montanari, Dorfstrasse 17, Wetzikon.

Samstag, 25. Januar 2025, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Oberland Märt, Wetzikon.

Samstag, 1. Februar 2025, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Oberland Märt, Wetzikon.

Bezirk Winterthur/Brütten
Montag, 6. Januar 2025, 19.00 Uhr, Neujahrs-Apéro, auf dem Buck, Brütten, mit Nationalrat Martin Haab.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Freitag, 24. Januar 2025, 19.30 Uhr, Jassturnier, Mehrzweckhalle, Hettlingen, mit Kantonsrätin Ruth Büchi. Anmeldung bis 19. Januar 2025 unter rj-buechi@bluewin.ch.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 11. Januar 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 18. Januar 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 25. Januar 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 14. Dezember 2024, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 11. Januar 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 25. Januar 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Junge SVP Kanton Zürich
Dienstag, 17. Dezember 2024, 18.00 Uhr, Sammelaktion zur Grenzschutz-Initiative, Bahnhof, Wetzikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 27. September 2025 – Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiessen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

Die SVP wünscht Ihnen eine schöne Adventszeit!

Albisgüetli-Tagung SVP
Die grösste politische Veranstaltung der Schweiz

37. Albisgüetli-Tagung 17. Januar 2025

Möchten Sie die Albisgüetli-Tagung finanziell unterstützen?
IBAN CH32 0900 0000 8762 7681 2
SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Vielen Dank für Ihren Beitrag!